

Erziehung in Israel

Von KARL ERLINGHAGEN S. J.

1. Die Ausgangslage

Die Aufgaben und Probleme, vor die sich der junge Staat Israel auf dem gesamten Gebiet der Erziehung gestellt sah, sind in der Geschichte der modernen Staaten einmalig. Sie lassen sich in etwa vergleichen mit der Lage, der das kommunistische Rußland zu Beginn seines Aufbaus gegenüberstand oder vielleicht noch mit dem Umbau des gesamten Schulwesens in Frankreich nach der großen Revolution, wenngleich keine revolutionären Ereignisse sie geschaffen hatten, noch ein völliger Bruch mit der Vergangenheit vollzogen werden mußte.

Im Gegenteil, der junge Staat Israel, der sich am 15. Mai 1948 durch den jüdischen Nationalrat (Vaal Leumi) in Tel Aviv konstituierte und damit die Sehnsucht so vieler Juden in der ganzen Welt, vornehmlich aber in Palästina, wenigstens grundsätzlich erfüllte, konnte an ein sehr gut ausgebautes jüdisches Schulwesen in dem ihm nun zugewiesenen Territorium anknüpfen. Seine Bedeutung ist erst wieder 1953 in einer Erziehungswoche des Hebräischen Lehrerverbandes herausgestellt worden. Ihr Thema war: „Fünfzig Jahre Erziehung in Israel“. Die gesamte Erziehung vom Kindergarten bis zur Universität wurde behandelt. Zwar hat sich die englische Verwaltung um die Erziehung in dem vor 1918 dem Osmanenreich zugehörigen Territorium nicht allzusehr gekümmert und es den einheimischen Völkern im wesentlichen überlassen, für die Erziehung ihrer Kinder das zu tun, was sie für gut hielten, aber die jüdischen Bewohner des britischen Mandates haben nicht erst gewartet, bis die ihnen schon in der Balfour-Declaration von 1917 zugesicherte Selbständigkeit endlich in Erfüllung ging. Aus der richtigen Erkenntnis heraus, daß ein selbständiges Staatswesen nicht aus dem Boden gestampft werden könne, haben sie in kluger Voraussicht das gesamte Erziehungswesen, soweit es den jüdischen Bevölkerungsteil betraf, auf eigene Füße gestellt. Seine Anfänge gehen allerdings bis vor den ersten Weltkrieg zurück. So waren sie geistig gerüstet und in der Lage, den Staat zu übernehmen, der als Mandat 1947 von England der UNO überlassen wurde und ein Jahr später die Selbständigkeit erreichte.

Das jüdische Schulwesen mußte unter der englischen Herrschaft fast gänzlich aus eigenen Mitteln aufgebaut werden. Die dazu erforderlichen Opfer waren groß, und es zeugt von der Kraft des Volkes, daß der Schulbesuch in der jüdischen Gemeinschaft nahezu alle Kinder zwischen 6—12 Jahren erfaßte, obwohl es keine gesetzliche Schulpflicht gab. Das ist bei den Ausgaben, die das neuerrichtete, völlig auf europäischer Ebene stehende Schulwesen verlangte, sehr erstaunlich. Nur auf dem Wege einer freiwilligen Besteuerung und verhältnismäßig sehr hoher Schulgelder auch

für die Grundschulen konnten im Gegensatz zu den Arabern die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Das jüdische Schulwesen war schon in der Mandatszeit und ist auch heute noch im Staate Israel ganz nach europäischem und amerikanischem Muster aufgebaut. Dabei sind die bis heute entwickelten Formen teilweise Mischtypen. In den ersten drei Jahren bleibt das Kind ganz bei der Familie, vom 4. Lebensjahr bis zum 6. steht ihm der Kindergarten offen. Der Kindergarten hat für die Volkwerdung der Gruppen verschiedener nationaler Herkunft, die heute darum ringen, in dem neugeborenen Staate Wurzel zu fassen, eine ganz außerordentliche Bedeutung. Daher sind die Bestrebungen dahin gegangen, den Besuch verpflichtend zu machen. Das wurde allerdings nicht im ganzen Umfang, sondern nur für das fünfte Lebensjahr erreicht, sehr zum Bedauern fast aller daran Interessierten. Aber die begrenzte Finanzkraft und vor allem der große Mangel an geschultem Personal, ja sogar an Hilfskräften lassen noch sehr viele Wünsche auf dem Gebiet der Erziehung unerfüllt. Lehrer aller Art und Schulgebäude sind nach wie vor die pädagogischen „Engpässe“. Diese beiden Probleme ließen sich auch dann noch keineswegs befriedigend lösen, wenn der Staat für alle Ansprüche hinreichende Mittel zur Verfügung stellen könnte, wozu er noch keineswegs in der Lage ist.

Die Grundschule beginnt als Pflichtschule mit dem 6. Lebensjahr. Die Schulpflicht endet mit dem 14. Viele Kinder gehen aber schon vorher auf irgendeine der höheren Schulen über. Deren Organisation ist vorwiegend nach amerikanischem Muster aufgebaut, sei es, daß sie Grundschule und „Gymnasium“ in einem umfassen, sei es, daß sie nach der vollen Grundschule einen vierjährigen Gymnasialkurs anschließen, oder die Grundschule auf sechs Jahre begrenzen und sechs Jahre höhere Schule folgen lassen. Das Ziel der Begabten unter den Schülern ist, die höhere Schule mit dem Schulentslassungszeugnis zu verlassen, das unserer Reifeprüfung entspricht. Dieses Zeugnis berechtigt zum Besuch der Hochschulen. Neben einer Reihe von Spezialinstituten mit Hochschulcharakter sind es vor allem die Hebräische Universität von Jerusalem, der geistige Mittelpunkt des werdenden Volkes, und die Technische Hochschule in Haifa, die dem höheren Schüler den Zugang zu den verantwortungsvollsten Aufgaben in Staat und Wirtschaft eröffnen und ihn in die wissenschaftliche Arbeit und Forschung einführen.

Ungefähr 1000 verschiedene Erziehungsinstitute zählte das israelische Erziehungswesen kurz nach der Staatwerdung. Sie waren keineswegs alle jüdisch, und selbst von diesen unterstanden nicht alle der ursprünglich freien jüdischen Schulorganisation. Aber bis zur Ernennung eines Ministers für Erziehung und Kultur übernahm das Erziehungsdepartement der jüdischen Gemeinschaft die Aufgaben, die später auf dieses Ministerium übergehen sollten. Es ist klar, daß damit auch eine bestimmte eindeutige Linie in die öffentliche Schulverwaltung einzog. Ihr wurde dann das gesamte Erziehungswesen einschließlich des arabischen und des christlichen unterstellt.

Der Obsorge des Ministers für Erziehung und Kultur ist auch die Erwachsenenbildung anvertraut. Ihr kommt schon aus dem Grunde eine besondere Bedeutung zu, als die aus über 60 Ländern stammenden Einwanderer fast ebenso viele Sprachen sprechen und des Hebräischen, der offiziellen Landessprache, so gut wie gar nicht mächtig sind. Aber nicht nur die Verschiedenheit der Idiome, zu denen nun eine neue „Muttersprache“ hinzukommen soll, gibt der Erwachsenenbildung solches Gewicht, sondern mehr noch der Umstand, daß die Herkunftsländer fast immer auch eine ganz verschiedene Verwurzelung bedeuten. Im jungen Staate Israel stoßen ungefähr alle Kulturen aufeinander, die es auf der Welt gibt, wenn man von ausgesprochenen Naturvölkern absieht und die Tatsache mit in Rechnung stellt, daß der jüdische Bevölkerungsteil in vielen Ländern sich seine Eigenart einigermaßen erhalten konnte. Aber was ist diese Eigenart? Im allgemeinen ist es doch nur die mehr oder weniger große Verschiedenheit vom umgebenden Volkstum. Von einer typisch jüdischen Kultur kann nicht mehr geredet werden. Das Aufgehen in der Umwelt ist im abendländischen Raum bis auf einige Religionsgebräuche fast vollständig. Die sich aus solchen Verschiedenheiten ergebenden Spannungen können nicht Gegenstand dieser Darlegungen sein. Immerhin sind sie unmittelbar begreiflich und das allererste Erziehungsproblem für Schule und nachschulische Bildung.

2. Die Probleme

Die erzieherischen Probleme, vor die sich der junge Staat Israel gestellt sieht, sind einmal dadurch bedingt, daß eine bisher private Schulorganisation das gesamte Schulwesen des ehemaligen Mandats übernehmen mußte, sodann durch das sprunghafte Ansteigen der Bevölkerung infolge der ununterbrochenen, im Anfang geradezu flutartigen Einwanderung. Von daher ergeben sich zwei Problemkreise: zunächst sind rein finanzielle und organisatorische Schwierigkeiten zu beheben (Schulräume, Schulpflicht, Lehrer, Lehrerausbildungsstätten, Koordinierung der verschiedenen Schultypen und Befriedigung der berechtigten Ansprüche der mannigfachen Bevölkerungsgruppen), dann aber auch — und das hängt mit dem vorher Gesagten eng zusammen — ist die Frage nach dem Schulstoff, dem Lehrinhalt, ein stets neues Problem. Es ist klar, daß er nicht nur durch Schularten abgestimmt werden muß. In einem so rasch wachsenden Staatsgebilde werden fast täglich neue Bedürfnisse lebendig, die der Schule stets neue Aufgaben stellen. Die größte Schwierigkeit liegt, wie bereits angedeutet, in der sprachlichen und kulturellen Verschiedenheit der jährlich neu in das Land einströmenden Ansiedler. So ergibt sich der seltsame Fall, daß die „Muttersprache“ eigentlich die erste Fremdsprache ist, die die Kinder lernen müssen. Zur Muttersprache soll ja die offizielle Staatssprache im Laufe der Zeit werden. Dem Kindergarten kommt dabei eine überaus große Bedeutung zu. Ihm liegt die schwierige Aufgabe ob, die Kinder in der Umgangssprache so weit zu schulen, daß sie beim Beginn der Grundschule mit einigem Erfolg dem Gang des

Unterrichts folgen können. Das ist auch der Grund, warum der Staat vor der Notwendigkeit steht, den Kindergarten wenigstens für das letzte Jahr vor der Volksschulpflicht vorzuschreiben. Diese Pflichtzeit würde noch früher beginnen, wären die entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht für den Augenblick und wohl auch für die weitere Zukunft geradezu unüberwindlich. Vom Kindergarten her lernen die eingewanderten Eltern und auch die übrigen Familienmitglieder in einem nicht geringen Maße Hebräisch, womit der paradoxe Fall eintritt, daß die Eltern die „Muttersprache“ bei den Kindern lernen. Natürlich bleibt selbst für die Kinder, die schon sehr früh mit der neuen Umgangssprache in Berührung kommen, diese in vielen Fällen doch eine erlernte Sprache. Sprachgefühl und Sprachmeisterung werden diese Grenzen niemals ganz überschreiten. Das trifft noch häufiger bei den Kindern zu, die bereits älter sind, wenn sie aus ihren Heimatländern nach Israel auswandern. Die Schwierigkeit der neuen Staatssprache geht aber noch viel weiter. Es wird hier der wohl einmalige Versuch in der Geschichte der Menschheit gemacht, eine tote Sakralsprache als moderne Verkehrssprache zu neuem Leben zu erwecken. Fast der gesamte Bereich der modernen Kultur ist ihrem Wortschatz fremd. Darüber hinaus kann sich der Prozeß der Wiedererweckung nicht an einer ansteigenden Kultur, ja nicht einmal an einer aus dieser Sprache gewachsenen Literatur vollziehen. Das Judentum der Welt war immer stolz darauf, sich in den Ländern, in denen es lebte, nicht mehr als Gastvolk zu fühlen, sondern unter Beibehaltung seines Glaubens und mancher damit verbundenen Sitten in der Gesamtkultur der jeweils verschiedenen Diaspora völlig aufzugehen. So kann man von einer jüdischen Literatur nur in dem Sinne sprechen, daß die einzelnen Werke lediglich von religiös und blutmäßig jüdischen Deutschen, Franzosen, Engländern, Amerikanern usw. geschrieben wurden. Was hier von der Literatur beispielhaft gesagt wurde, gilt von allen Bereichen des geistigen Lebens.

Die Grundanliegen und Hauptaufgaben faßte die Regierung in einem Vierjahresplan, den sie im Februar 1949 dem Parlament vorlegte, folgendermaßen zusammen: „Die Aufgaben des Erziehungsministeriums werden sein die Entwicklung und Erfüllung eines öffentlichen Erziehungsprogramms für jedes Kind dieser Nation; die Zusicherung eines hohen kulturellen Standards für jeden Mann und jede Frau in Israel; die Kenntnisvermittlung der hebräischen Sprache an alle Neueinwanderer; die Aufnahme der Schätze der menschlichen Kultur in die hebräische Sprache; die Förderung literarischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Schöpfungstums: der Anreiz zur Forschung sowohl in der reinen Wissenschaft wie auch in der angewandten Wissenschaft im Bereich der Naturwissenschaft; die kulturelle und soziologische Verschmelzung der „Diaspora“; die Werbung von Studenten der Wissenschaft, des Bibelstudiums, der jüdischen Kunst und Literatur von überall her auf der Welt; die Verbreitung des auf die Fragen des Mittleren Ostens und der Arabischen Staaten bezüglichen Wissens unter der jüdischen Bevöl-

kerung und die Sicherung einer Unterweisung in der arabischen Sprache und auch in Hebräisch für alle arabischen Bürger des Staates Israel.“ Darüber hinaus wird Schulgeldfreiheit für die Pflichtjahre versprochen und eine weitgehende Begabtenförderung in Aussicht gestellt. Großes Gewicht wird in der Regierungsankündigung und auch in der tatsächlichen praktischen Durchführung auf die Schulung von Bauern und Handwerkern gelegt. Ihr gilt das besondere Augenmerk des Staates. Sieht man doch im Mangel eines eingewurzelten Bauernstandes und eines bodenständigen Handwerkertums den eigentlichen Grund dafür, daß die auf die ganze Welt verstreuten jüdischen Volksteile 2000 Jahre lang nicht mehr zu einer Nation zusammenwachsen konnten. Die Art der von den Juden für gewöhnlich ausgeübten Berufe gestattete ihnen eine große Freizügigkeit und die Möglichkeit, jedem größeren politischen Druck verhältnismäßig leicht auszuweichen.

3. Lösungsversuche

Eine völlige Lösung der aufgegebenen Probleme wird niemand von der israelitischen Regierung erwarten können. Dazu reihen sich an die bereits bestehenden Schwierigkeiten täglich zu viele neue an. War das Bevölkerungsverhältnis von Moslems, Juden und Christen zu Ende des ersten Weltkrieges noch 80 % zu 10 % zu 10 % (bei etwa 650 000 Gesamteinwohnern), so war es schon Ende 1947 bei einer Gesamtbevölkerung von nicht ganz zwei Millionen auf 56 % zu 32 % zu 7 % ganz erheblich zugunsten der Juden verschoben. Inzwischen ist ein weiterer gewaltiger Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Während der ersten zwei Jahre des Bestehens Israels stieg die Zahl der Bevölkerung fast um die Hälfte, wovon bei weitem die meisten Juden sind. 400 000 des Bevölkerungszuwachses sind Neusiedler. In ähnlich rascher Weise wuchs auch die Zahl der Schulkinder. Sie belief sich 1950 auf insgesamt 180 000. 40 000 davon besuchten den Kindergarten, 120 000 die Grundschule, 20 000 die verschiedenen Arten der höheren Schulen. Die Gesamtzahl der Schüler stieg sprunghaft weiter an: 182 769 (1949/50), 244 279 (1950/51), 309 732 (1951/52). Die öffentlichen Ausgaben waren entsprechend: 2,4 Millionen isr. Pfund (= 7,2 %). Trotz dieses großen Aufwandes herrscht nach wie vor großer Mangel an Schulgebäuden, Einrichtungen und Lehrmitteln jeder Art, und nicht zuletzt an geeigneten Lehrern. Ein großer Teil der aufgebrachten Mittel kam dabei vorzugsweise den Kindergärten wegen ihrer hohen Bedeutung für das Werden des Volkes zugute. Gegenüber 508 Volksschulen gab es 1949/50 910 Kindergärten. 1950/51 stieg die Zahl der Kindergärten auf 1251, die der Volksschulen auf 714. Mit den steigenden Bedürfnissen kann aber der Bau der notwendigen Schulräume keineswegs Schritt halten. Empfindlicher Materialmangel und Zeitnot hemmen die Bauvorhaben, die sich dem Gesamthaushalt des Staates anpassen müssen. Doppelschichtiger Unterricht und Notschulen teilweise primitivster Art (Trümmerhäuser, Hüttenzelte) sind daher fast die Regel.

Das am 1. April 1950 vom Knesset (dem israelitischen Parlament) in Kraft gesetzte Erziehungsgesetz verpflichtet alle Kinder von 5 bis 14 Jahren zum Schulbesuch. Darüber hinaus sind alle Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren, die keine hinreichende Schulausbildung aus ihren Stammländern mitbringen, gehalten, ihre Lücken in Pflichtkursen auszufüllen. Beide Arten von Unterricht sind unentgeltlich. Die Schulpflicht erstreckt sich vom 5. Lebensjahr ab vorläufig auf ein Jahr im Kindergarten. Früherer Besuch ist freigestellt, für einen späteren Zeitpunkt aber auch als verpflichtend vorgesehen. Die Altersgrenze für die Schulpflicht ist auf dem Lande die gleiche wie in den Städten. Obwohl der Nichtbesuch der Pflichtstunde an Eltern und bei den über 14jährigen auch an diesen selbst und sogar an ihren Arbeitgebern mit Geldstrafe oder Gefängnis geahndet werden kann, muß die Regierung durch ihre Aufsichtsorgane einen steten Kampf gegen die Unvernunft mancher Erziehungsverantwortlichen führen. So ist der Schulbesuch bei der jüdischen Bevölkerung tatsächlich fast 100 %ig, wenn man von einigen tausend Kindern in den entlegenen armen Landgegenden absieht, für die noch nicht genügend gesorgt werden konnte. Bei den Arabern erreichen die Zahlen nicht die gleiche Höhe, was nicht zuletzt mit den geringeren Lebensansprüchen und Bildungsinteressen des meist ärmeren arabischen Bevölkerungsteils zusammenhängt. Immerhin ist auch dort die allenthalben eingeführte gesundheitliche Überwachung und Schulspeisung zusammen mit der von den „Lehrerpionieren“ durchgeführten Aufklärung in der Bekämpfung der Schulträgheit ein sehr wirksames Mittel.

Die große Bedeutung der Kindergärten für den Einebnungs- und Verschmelzungsprozeß wird von der Bevölkerung anerkannt. Obwohl nur ein Zwang zu einem einjährigen Besuch des Kindergartens besteht, schicken die meisten Eltern ihre Kinder ein Jahr früher, viele sogar schon zwei Jahre früher dorthin. Diese Popularität der Kindergärten greift heute auch auf die arabische Bevölkerung über, die bei Entstehen des israelitischen Staates kein einziges Institut dieser Art besaß, 1950/51 aber bereits viertausend Kinder in hundert arabische Kindergärten schickte.

Die Grundschule erfaßt naturgemäß die breiteste Schicht der Bevölkerung, theoretisch die Kinder aller Volkskreise. Es ist verständlich, daß aus den bedeutenden Schwierigkeiten, mit denen das gesamte Schulwesen in Israel zu kämpfen hat, die Leistungsebene nicht den gesteckten Zielen, vielleicht auch nicht immer den Erwartungen entspricht. Unter den gegebenen Verhältnissen sind aber die Leistungen sehr beachtlich. Das Abgangszeugnis der Grundschule berechtigt dazu, ohne weitere Prüfung auf eine entsprechende höhere Schule wissenschaftlicher oder fachlicher Richtung überzugehen. Wie im Grundschulwesen, so bemüht sich der Staat auch in der höheren Schule den geistigen Stand westeuropäischer Schulen zu erreichen. Leistungen, Zeugnisse und Prüfungen sind darauf abgestellt. Der Besuch kann wegen der angestrengten finanziellen Lage immer noch nicht unentgeltlich sein, obwohl es eine große Zahl vom Staate bezahlter Freistellen gibt. Das

Ziel ist, ein unserem Abitur entsprechendes Diplom zu erlangen, das zum Besuch der Hochschulen berechtigt. Dieses Diplom kann aber auch wie in Amerika in Abendkursen, ja sogar durch Privatstudium erworben werden. Auch den Berufs- und Fachschulen mißt der Staat eine große Bedeutung zu; nicht immer in gleicher Weise die Bevölkerung. Der Pflichtbesuch geht bis zum 18. Lebensjahr, aber sowohl Schüler wie Lehrherren wissen sich in nicht wenigen Fällen dem Zwang zu entziehen, indem sie die Registrierung unterlassen. Der Staat kämpft energisch dagegen.

Die Lehrerbildung ist gegenwärtig das größte pädagogische Problem des Landes. Trotz der großen Zahl der Lehrerbildungsanstalten (25) und der 5000 Studenten übersteigt der Bedarf weit das Angebot. So mußte vielfach schon die geplante Normalausbildung, die zwei Jahre Studium nach dem Gymnasialabschluß vorsieht, abgekürzt und die Lehrer mit Notausbildung in ihren Aufgabenbezirk geschickt werden. Viel schwieriger als diese Personalschwierigkeit ist aber die didaktische und methodische. Sie liegt vor allem darin, daß schon im Kindergarten und in den unteren Klassen der Grundschule der Sprachunterricht, der für viele Kinder und Lehrer doch Fremdsprachenunterricht ist, zur Hauptaufgabe geworden ist. Das erhöht das Arbeitspensum der Lehrer in Darbietung und Vorbereitung nicht unwesentlich. Aber auch den Pädagogischen Hochschulen erwächst dadurch die in anderen Ländern unbekannte Aufgabe, neue Methoden der Sprachvermittlung zu erforschen und auszuarbeiten, die dem geistigen Vermögen kleiner Kinder angepaßt sind. Ja sogar die Ausbildung der Kindergärtnerinnen muß sich mit diesen, ihr eigentlich fremden Problemen befassen. Ein neuer Schritt auf dem Wege der Lehrerbildung ist durch die Eröffnung der „Schule der Erziehung“ zu Beginn des Unterrichtsjahres 1952/53 in Jerusalem gemacht worden. In ihr sind die verschiedenen Lehrerbildungsanstalten mit dem Erziehungsdepartement der Hebräischen Universität zusammengefaßt worden. Hier werden Kindergärtnerinnen, Grundschullehrer und Lehrer höherer Lehranstalten ausgebildet. Während des akademischen Jahres 1953/54 soll auch die Ausbildung der Erwachsenenbildner und Jugendführer in das neue Institut übernommen werden.

An der Spitze des israelischen Erziehungswesens stehen die Hebräische Universität in Jerusalem (seit 1925) und die Technische Hochschule in Haifa (seit 1924). Beide Institute zusammen haben etwa 4000 Hörer. Die Hebräische Universität hat mit ihren fünf Fakultäten (Freie Künste, Pädagogik, Naturwissenschaft, Medizin, Recht) bei weitem die meisten Immatrikulierten (3000). Sie hat mit ihren 76 Professoren, 111 Dozenten (und Tutoren) 153 Assistenten einen bedeutenden Lehrkörper. Es mag verwundern, daß es an der Universität keine eigene jüdische theologische Fakultät gibt, aber auch hierin zeigt sich die wenigstens nach außen und vor allem gegenüber den nichtjüdischen Religionen strikt vertretene laizistische Grundhaltung des staatlichen Lebens.

Zu den im Lande Studierenden kommen noch 1700 Studenten, die an europäischen und amerikanischen Universitäten ihre wissenschaftliche Ausbildung erhalten. Hochschulcharakter haben auch das Institut für Rechts- und Wirtschaftswissenschaft in Tel Aviv und in Jerusalem die Kunstschule, die Musikakademie und das Konservatorium. Das Weizmann-Forschungsinstitut arbeitet mit seinen über 60 Wissenschaftlern an der Lösung unmittelbar drängender, vorwiegend technischer und medizinischer Probleme des Landes.

4. Das Schulwesen der Minderheiten

Bei den hier gemeinten Minderheiten handelt es sich um die nichtjüdischen Volksteile. Es ist nicht leicht, deren Eigenart genau zu bestimmen, da schon der Begriff Jude einigermaßen unbestimmt ist. Alle, ob Juden oder nichtjüdische Minderheiten, sind Bürger des Staates Israel und haben infolgedessen israelische Staatsangehörigkeit. Zu den Minderheiten zählt zunächst der noch im Lande zurückgebliebene arabische Bevölkerungsteil. Er gehört zum größten Teil christlichen Glaubensgemeinschaften an; die mohammedanische Gruppe, die noch kurz vor der Staatwerdung zahlenmäßig weit überwog, ist zum größten Teil in die benachbarten Staaten ausgewandert. Zu den nichtjüdischen Minderheiten müssen aber auch jene blutmäßigen Juden gezählt werden, die in ihren Herkunftsländern oft schon vor Generationen zum Christentum übergetreten sind. Die Lage dieser jüdischen Konvertiten ist äußerst schwierig. Der gesellschaftliche Boykott jener „Abtrünnigen“ ist so rigoros, daß er geradezu den Ruin bedeutet.

Trotz der Zurückhaltung der jüdischen Bevölkerung in Israel gegenüber den meist christlichen Minderheiten hat sich das Schulwesen auch für diese in den letzten Jahren wesentlich verbessert. Die Regierung will unter allen Umständen jeden Schein einer ungerechten Behandlung vermeiden. So hat sich im Schuljahr 1949/50 die Zahl der arabischen Schulkinder gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. 16000 Araberkinder wurden in 76 arabischen Staatsschulen unterrichtet. Zu ihnen kamen noch annähernd 4000 in konfessionellen Missionsschulen. Jene werden vom Staat völlig unterhalten, was bei den jüdischen Schulen — wenigstens nach den veröffentlichten Angaben — noch immer nicht der Fall ist. Auch die arabischen Kindergärten haben durch die Einführung des Pflichtjahres an Bedeutung gewonnen. Gab es vor dem Gesetzeserlaß nur ein Institut dieser Art, so wurden 1951 schon 4060 Araberkinder in 100 Kindergärten betreut. Der „Arabischen Erziehungsabteilung“ liegt die Sorge für diese Schulen ob. Ihr Ziel war, schon im Jahr 1950/51 die Zahl der Schüler und Schulen zu verdoppeln. Aber hier macht sich noch mehr als bei den jüdischen Schulen der Mangel an Lehrern empfindlich bemerkbar, fehlt es doch vor allem an jungen Arabern mit höherer Schulbildung.

Über die christlichen Schulen, meist Missionsschulen, sind kaum zuverlässige Zahlen zu erhalten. Im allgemeinen wird selbst von den Regierungs-

stellen der Stand der Missionsschulen als sehr gut angegeben. Es wird sogar behauptet, daß er im Durchschnitt weit besser sei als der der Staatsschulen. Der jüdisch-arabische Krieg hat vielen Schulen zeitweise ein Ende gemacht. Inzwischen sind sie zu einem großen Teil wieder eingerichtet worden. Sie werden vorwiegend von den Kindern christlicher Araber besucht. Aber auch ein nicht geringer Teil jüdischer Kinder, vor allem von neu eingewanderten Eltern, besucht diese Schulen (über 2½ Tausend). Teilweise geschieht das wegen des hohen schulischen Standes, teilweise aber auch des kürzeren Schulweges und der geringen Schulgelder wegen. Die Haltung der Regierung ist dieser Tatsache gegenüber nicht unfreundlich, wenngleich sie kein großes Interesse an einer Verchristlichung des Staates hat. Die jüdische Hierarchie dagegen sieht diese Verhältnisse ungern, ja sie hat sich sogar zu heftigen Maßnahmen gegen die Christen hinreißen lassen. Diese riefen allerdings in den Reihen der besonneneren Juden Befremden hervor und wurden abgelehnt. Die Leiter der Missionsschulen nehmen alle erdenkliche Rücksicht auf ihre jüdischen Zöglinge bis zur Beachtung der rituellen Speisevorschriften.

Viele Kinder christlicher Eltern haben aber nicht die Möglichkeit, christliche Missionsschulen zu besuchen, da deren Zahl zu gering ist. So gehen sie notgedrungen in die jüdischen Schulen. Erleichtert wird ihnen dieser Besuch vielfach durch die mangelnde Glaubenskraft ihrer Eltern und die Zugkraft von Schulspeisung, hygienischer Überwachung und sozialer Fürsorge.

Die Arbeitslast in den Missionsschulen liegt naturgemäß vorwiegend auf den Schultern der ausländischen Missionare. Ihre Vorbildung auf die spezifische Aufgabe in der jüdischen Mission läßt oft zu wünschen übrig. Vor allem ist die sprachliche Vorbildung noch sehr mangelhaft. Unter dem Druck der christentumsfremden öffentlichen Meinung sind von der Regierung gegen die Einreise des missionarischen Nachwuchses schon Schwierigkeiten erhoben worden. Das würde auf die Dauer einer langfristigen Liquidierung der christlichen Schulen gleichkommen.

So schwer es ist, Prognosen für die Weiterentwicklung zu stellen, so muß doch auf einige sehr bedeutsame Gefahren hingewiesen werden. Die erste liegt darin, daß das gesamte Erziehungswesen einem ausgeprägten staatlichen Dirigismus untersteht. Die Notwendigkeit staatlicher Lenkung soll für ein Übergangsstadium nicht bestritten werden. Aber es ist sehr die Frage, ob der Staat von sich aus in den zu erhoffenden Zeiten innerer Ruhe und Festigung bereit sein wird, jenen Erziehungskräften, die die natürlichen Träger der Erziehung sind, den ihnen zukommenden Spielraum zu lassen.

Die zweite Gefahr besteht — wenigstens für die christliche Schule — darin, daß die Kirche als Erziehungsträger nur geduldet ist und das von einer Regierung (deren Ehrlichkeit nicht bestritten werden soll), die um den guten Ruf ihrer Toleranz schon aus außenpolitischen Gründen sehr besorgt sein muß. Die Rechte der Kirche sind noch in keiner Weise anerkannt oder gar gesichert.

Ein weiterer Grund zur Besorgnis liegt in den starken zionistischen und marxistischen Gruppen, denen — aus sehr verschiedenen Motiven — ein auf ihre Weise radikaler Kurs sehr viel lieber wäre. Vor allem führt der Zionismus gegen die christlichen Missionen einen scharfen Kampf, der vorläufig zwar vorwiegend ideeller Art ist. Allein es bedarf nicht sehr großer Phantasie, um vorauszusehen, was geschehen wird, wenn Zionisten oder Marxisten die Regierung ganz oder teilweise beeinflussen und den ohnehin schon allzu zentralistischen Apparat der Erziehungsorganisation in die Hand bekommen.

Ferner muß gesagt werden, daß die gesamte Erziehungspolitik Israels die notwendige Gesundung der Familie weitgehend unberücksichtigt läßt. Sicherlich springt der Staat da ein, wo ihm Not zu sein scheint und soweit es ihm seine eigene Kraft erlaubt, aber er tut es offenbar nicht im Bewußtsein, daß seine Hilfe nur subsidiären Charakter hat. So sind seine pädagogischen Maßnahmen zum großen Teil nur organisatorisch, unterrichtlich, didaktisch und methodisch. Sie versuchen mehr die Krankheitssymptome anzugehen, als den Infektionsherd zu heilen. Der eigentlich schwache Punkt unserer heutigen Erziehung ist aber die Familie. Sie bedarf der dringendsten Hilfe.

An die Gefahr des staatlichen Erziehungstotalitarismus und der offenkundigen Unterschätzung der Familie als Bildungsgrundlage knüpft sich eine weitere: Die allzu frühe obligatorische Kindergartenerziehung kann den Erziehungseinfluß der Familie entscheidend schwächen. Darüber hinaus droht eine kollektivistische Einflußnahme auf Kinder immer, in Gegensatz zur Familie zu geraten. Damit wird aber die Grundvoraussetzung einer guten Erziehung zerstört: Die harmonische Zusammenarbeit aller Erziehungsbeteiligten. Sie erst ermöglicht ein gesundes Aufwachsen des Kindes.

Aufs Ganze gesehen muß man die schulische Lage in Israel wie auch alles übrige im werdenden jungen Staat als durchaus fließend ansehen. Die Aufgaben sind gewaltig. Die Bemühungen zu ihrer Lösung sind bewundernswert. Die Gefahren liegen nicht nur im Pädagogischen, sondern auch im Politischen, wo starke Kräfte darauf warten, ihre kulturpolitischen Programme zum Schaden anderer Rechte durchzusetzen.

Zeitbericht

Englische Bemerkungen zu einer Rede Dr. Niemöllers — Eine bemerkenswerte Priestergemeinschaft in Frankreich — Die Geburtenzunahme in Frankreich — Ein kommunistisches Lehrbuch — Jubiläum des russischen Kollegs zu Rom — Nachrichten aus China — Die irische Auswanderung — Der Religionsunterricht in Jugoslawien — Basic-Französisch — Ausländer in Frankreich — Die heimliche Verschwörung

Englische Bemerkungen zu einer Rede Dr. Niemöllers. Im Oktober 1954 hielt der Präsident der Hessischen Landeskirche, Dr. Niemöller, vor den Studenten des Westminster Training College in London einen Vortrag, zu dem die englische katholische Wochenschrift *Tablet* (13. Nov. 1954) Stellung nimmt. Danach führte